

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Deutsch-Dänischer)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 83

Berlin, Mittwoch, 15. Oktober 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis:

Seltzame Logik. — Die Streikbewegung in Dublin.  
— Die Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen.  
— Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. —  
Verbands-Teil. — Anzeigen.

### Seltzame Logik.

Im Mai d. J. streikten in der Zichorienfabrik von Weiß in Frauendorf b. Stettin die Arbeiter. Der Kampf zog sich längere Zeit hin, weil die Firma anfangs zu keinerlei Zugeständnissen zu bewegen war, was naturgemäß unter den Arbeitern eine starke Erregung hervorrief. Den Bemühungen der Firma gelang es schließlich auch, eine Zahl von Arbeitswilligen anzuzuerwerben. Unter ihnen befand sich ein gewisser Brandenburg. Als dieser eines Abends die Fabrik verließ, kam es zwischen ihm und einem Streikenden namens Klühl zu einem kurzen Zusammenstoß, in dessen Verlauf Brandenburg dem Klühl ein langes Messer in den Leib stieß. Der Betroffene brach zusammen und ist seiner Verletzung erlegen.

Brandenburg behauptete, in der Notwehr gehandelt zu haben, weil er sich bedroht fühlte. In diesen Tagen nun ist dieser traurige Vorfall Gegenstand einer Verhandlung vor dem Stettiner Schwurgericht gewesen. Die Zeugen erklärten fast alle, daß der Ermordete keineswegs eine drohende Haltung eingenommen habe. Die Behauptung des Brandenburg, sein Gegner habe ihn an der Schulter gefaßt, wurde fast allseitig bestritten. Trotzdem plädierte der Staatsanwalt nur für Verurteilung wegen Uebergriffung der Notwehr unter Jubilation mildernder Gründe. Aber das Schwurgericht, das allerdings keinen Arbeiter unter den Geschworenen hatte, ging noch über die Milde des Staatsanwalts hinaus und sprach den Brandenburg rundweg frei.

Das Urteil hat in den weitesten Kreisen lebhaftes Beifremden hervorgerufen. Man stelle sich nur einmal vor, der Fall wäre umgekehrt gewesen: ein Streikender hätte einen Arbeitswilligen niedergeschlagen. Wie wäre wohl da die Strafe ausgefallen! Ein paar Jahre wären dem Uebelthäter sicher gewesen. Hier aber ist ein Arbeitswilliger, der nach Aussagen der Zeugen keinen triftigen Grund hatte, von der Waise Gebrauch zu machen, einfach freigesprochen. Und da schreit noch immer eine gewisse Richtung nach einem stärkeren Schutz der Arbeitswilligen! Man sollte annehmen, daß der überaus bedauerliche Vorgang in Frauendorf diesen Schreibern den Mund gestopft hätte. Aber weit gefehlt, gerade das Gegenteil ist eingetreten. Selbst dieses Urteil wird von den Scharfmachern ausgenutzt zur Begründung eines Verbots des Streikpostenstehens. Blätter vom Schläge der „Post“ und der „Hamburger Nachrichten“ bekommen es angeichts dieses Urteils fertig, von neuem ihre Forderung auf Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu erheben. Aber den Gipfel der Verbohrtheit hat die „Deutsche Tageszeitung“, das Hindlerorgan, erreicht. Es kommt nämlich zu der Schlussfolgerung:

„Ferner aber ist dieser Vorgang, der unter allen Umständen tief bedauerlich bleibt, weil er ein Menschenleben vernichtete, nur ein neuer Beweis dafür, wie bitter notwendig ein wirksamer gesetzlicher Schutz der Arbeitswilligen ist. Solange dieser Schutz leider fehlt, wird für die Arbeiter, die sich dem Streikterrorismus nicht auf dem Wege der Selbsthilfe gegen die Gewalttätigkeiten der Streikenden zu schützen, Vorgänge wie die Ermordung des Klühl nicht nur die letzten traurigen Folgen dieses Mangels unserer Rechtsordnung, das würde gerade auch dann gelten, wenn in dem

Frauendorfer Fall objektiv der Tatbestand der Notwehr nicht vorgelegen haben sollte. Auch dieser Vorgang also ist auf jeden Fall eine tiefere Mahnung an unsere Gesetzgebung, auf diesem Gebiete endlich ihre Pflicht zu tun.“

Wäre die Sache nicht so furchtbar ernst, man wäre versucht, über diese seltzame Logik laut aufzulachen. Ein Streikender wird von einem Arbeitswilligen erschlagen; daraus folgert das genannte Blatt die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen! Wir haben schon angedeutet, daß, wenn der Zusammenstoß zwischen den beiden Arbeitern einen andern Ausgang gehabt hätte, wenn der Arbeitswillige von dem Streikenden niedergeschlagen worden wäre, das Gericht die schwerste Freiheitsstrafe über den Mörder verhängt hätte. Denn es kann doch nicht gelugnet werden, daß die Justiz Streikvergehen gegenüber die allergrößte Strenge walten läßt. Dafür gibt es unzählige Beweise. Wie kann man aber dann noch verlangen, daß die Gelebe, die sich als völlig ausreichend erwiesen haben, noch verschärft werden!

Dieses Vorgehen ist bemerkenswert. Trotz aller Mißerfolge und Zurückweicungen lassen die Scharfmacher von ihrer Forderung, das Streikpostenstehen zu verbieten, nicht ab. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, unternehmen sie immer und immer wieder Vorstöße, um ihren Lieblingswunsch zu verwirklichen. Die Arbeiterkraft darf daran nicht achtlos vorbeigehen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch noch einmal an das Leipziger Kartell erinnern, das ja ebenfalls einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen verlangt und das Streikpostenstehen verboten haben will. Und endlich sei darauf hingewiesen, daß auch ein nationalliberaler Parteitag in Wiesbaden kürzlich sich mit der Frage des Arbeitswilligenstutzes beschäftigt hat. Im Reichstage haben bekanntlich auch die Nationalliberalen im Mai v. J. den konföderativen Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens glattweg fallen lassen. Damit hätte man die Angelegenheit für die nationalliberale Partei als erledigt annehmen können. Umso befremdlicher ist es, daß man sich jetzt von neuem damit beschäftigt und sogar eine besondere Kommission zur Prüfung dieser Frage eingesetzt hat. Das läßt tief blicken! Sollte da etwa eine Sinnesänderung eingetreten sein?

Nebenfalls also geben alle diese Vorgänge den Arbeitern zu denken. Es sind Strömungen im Gange, die den Arbeitern ihr Koalitionsrecht, das so dringend des Ausbaus und der Sicherung bedarf, noch verschlechtern wollen. Tazegen muß entschieden Front gemacht werden. Wir verurteilen gewiß jeden Terrorismus auf das schärfste. Wir sind auch der Meinung, daß alle erdenklichen Mittel angewandt werden müssen, um Ausdehnungen bei Streiks zu vermeiden. Es kann acmndit Aufklärungsarbeit genug in diesem Sinne von den Organisationen geleistet werden. Aber gegen eine Verhärterung der Gelebe, gegen eine Schwächung des Koalitionsrechtes erheben wir entschiedenen Protest. Sollte sich, was wir zunächst für völlig ausgeschlossen halten, im Reichstage für eine Einengung des Koalitionsrechtes eine Mehrheit finden, so würde das sicherlich in der Arbeiterkraft eine derartige Erbitterung hervorrufen, daß die Folgen tatsächlich unabsehbar wären. Deshalb gilt es für die Arbeiter diejenigen politischen Parteien, denen sie angehören, zum Kampf anzurufen gegen jede Verhärterung des Koalitionsrechtes. Allein wirklich arbeiterfreundlicher Abgeordneter darf dafür zu haben sein. Andererseits möge auch in den Organisationen immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Uebergriffe und Aus-

dehnungen unter allen Umständen vermieden werden müssen. Den Scharfmachern darf kein Wasser auf die Mühlen geliefert werden. Wenn sie schon den Fall in Frauendorf für sich auszuschlachten wissen, was würden sie da erst aufbieten, wenn sie sich auf ähnliche von streikenden Arbeitern begangene Verbrechen berufen könnten.

### Die Streikbewegung in Dublin.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

In meinem Bericht über den englischen Trade Unions-Kongreß hatte ich auf die Bedeutung hingewiesen, die den Vorgängen in Dublin unterliegt. Die Arbeiter der drei südlichen Provinzen Irlands haben bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts unter dem Einfluß der irischen Nationalisten gestanden. Für sie bedeutete *Some Rule*, d. h. Selbstregierung, eine materielle Besserstellung. Die Selbsttätigung, die in dieser Ansicht liegt, ist den irischen Arbeitgebern zugute gekommen. Lohnbewegungen gab es kaum, Streiks noch seltener. In manchen Fällen haben die Arbeiter seit Jahrzehnten einen Wunsch nach Lohn-erhöhung nicht geäußert.

Unterdessen kamen ihre Kameraden im nord-irischen, protestantisch-schottischen Ulster vorwärts, und von dort gelangte auch die Trade Unions-Idee nach der Hauptstadt Dublin. Aber erst seit im Jahre 1908 Jim Larkin aus Liverpool die Organisation der Arbeiter in die Hand nahm, ließ sich ein sichtbarer Fortschritt erkennen. Kleinere und größere Streiks folgten einander, und Larkin, der eine Sinnigkeit zum syndikalistischen Flügel der Arbeiterbewegung beifügt, setzte fast stets das Mittel des Sympathiestreiks in Bewegung, wenn er die Ziele einer Lohnbewegung durchsetzen wollte. Er hatte viele Mißerfolge, aber er darf sich rühmen, die Durchschnittslöhne für Industrie- und Transportarbeiter in Dublin und Umgebung, die seit 20 Jahren stationär waren, seit 1908 um 4 bis 6 Schilling pro Woche erhöht zu haben.

Den Arbeitgebern war die Einmischung Larkins natürlich unangenehm. Seit langem bereiteten sie einen Schlag gegen ihn und seine Organisation vor, und dieser ist jetzt geführt worden. Die Straßenbahnen von Dublin traten in Streik und der Direktor der Straßenbahn, Mr. Murphy, der „König von Dublin“, der als einziger von den Dubliner Großunternehmern sich geweigert hatte, mit Larkin zu verhandeln, verlangte bedingungslos Unterwerfung. Sympathiestreiks und Aus-sperrungen folgten in einer ganzen Reihe von Betrieben, und die Arbeitgeber verlangten, daß die Arbeiter aus den Larkin'schen Organisationen austreten sollten. Dann ereignete sich jene Unruhen, in deren Verlauf ein Arbeiter getötet und über 700 verletzt wurden. Die Schuld hieran wird allseitig dem Eingreifen der Polizei zugeschoben, die auf die Demonstranten einschlug, als sie schon am Boden lagen.

Ta eine Einigung unter den obwaltenden Umständen nicht zu erzielen war, griff der Londoner Industriearbeiter ein. Sir George Asquith begab sich mit Sir Thomas Atcliffe-Ellis (Arbeitergebernmitglied) und Mr. J. M. Clunes (Arbeitergebernmitglied) nach Dublin, um die Vorgänge zu untersuchen und eine Beilegung des Streikfalles anzubahnen. Nach mehrtägigen Verhandlungen erklärte die Kommission, daß die Arbeiter in der Tat vielfach berechtigten Grund zur Klage gehabt hätten, aber die Politik der Sympathiestreiks sei nicht geeignet, Streitfälle auf vernünftige Weise zum Austrag zu bringen. Auch die Forderung der Arbeitgeber, daß ihre Arbeiter aus der „Irish Transport Workers Union“ austreten sollen, wurde ge-

tabelt, weil sie „Bedingungen auferlegt, die der individuellen Freiheit unzulässig sind und deren Annahme man von keinem Arbeiter und keiner Gruppe von Arbeitern erwarten könne“. Die Vorgänge, die zu dieser Forderung geführt haben, sind gebührend gewürdigt worden, aber die Zeit ist vorbei, in der sie ohne Gefahr für alle Beteiligten aufrecht erhalten werden kann. Eine Fortdauer des Kampfes, bis eine der Parteien zum Nachgeben gezwungen wird, ist nicht wünschenswert, da die unterliegende Partei bald wieder verlusten wird, von neuem ihre Forderungen durchzusetzen. Alle Streitigkeiten sollten deshalb durch friedliche Diskussion beigelegt werden. Für diesen Zweck schlug die Kommission einen bestimmten Plan vor, der jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, weil sie Garantien verlangen, daß die eingegangenen Verträge auch gehalten werden.

Der Kampf geht also vorläufig weiter. Zur Unterstützung der Streikenden senden die englischen Arbeiter wöchentlich ein Schiff mit Nahrungsmitteln nach Dublin, und die Bergarbeiter haben wöchentlich 20 000 Mk. als Unterstützung bewilligt. Andere englische Gewerkschaften werden zweifellos diesem Beispiele folgen. Die Not der ärmeren Bevölkerung Dublins grenzt heute bereits an Unerträglichkeit, was kein Wunder ist, wenn man bedenkt, daß selbst in normalen Zeiten der irische Arbeiter unter Umständen leidet, wie sie in England längst vergessen sind: Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, ungesunde Wohnungen usw. Wer Irland und das Leben der irischen Arbeiter kennt, muß wünschen, daß diesen heldenmütigen Kämpfern die Genehmigung wird, „Bog“ Murphy zur Anerkennung der Organisation zu zwingen.

Die unbeteiligte Bevölkerung Dublins ist im Zweifel, wie sie sich zu den Vorgängen stellen soll. Sie verwirft die Methode des Kampfes, die Karfin anwendet und die heute in ganz England als „Karfinismus“ bezeichnet wird. Aber sie kann nicht umhin, der Persönlichkeit des Mannes Bewunderung zu zollen. Man anerkennt vor allem, daß er für Kemperer eintritt, und selbst die Arbeitgeber haben vor der Kommission erklärt, daß er die weit verbreitete Trunksucht mit Erfolg bei den Mitgliedern seines Gewerkschafts eingeschränkt habe. Fast an allen Abenden wird im „Hauptquartier“ ein geselliger Abend mit Tanz veranstaltet, und ferner hat die Union einen Spielplatz für Fußballspiele usw. erworben. Man könnte auch nicht sagen, daß Karfin ein ausgesprochener Syndikalist ist; seine Reden mögen vielleicht Tendenzen dieser Art erkennen lassen, aber die Arbeiter haben in den elementarsten Grundgedanken des Trade Unionismus ausgebildet werden müssen und sind mehrfach über die Wünsche Karfins und seiner Kollegen in der Zeitung hinausgegangen, wie dies ja auch bei den jungen, noch unbeeinträchtigten Mitgliedern der englischen Trade Unions der Fall gewesen ist.

Viele Personen sympathisieren mit Karfin, weil er die Hebel, unter denen die irischen Arbeiter leiden, aufgedeckt und die Öffentlichkeit gezwungen hat, sich mit ihnen zu beschäftigen. Es ist dies die große Gruppe derjenigen, die Mittel und allen Unterdrückten haben, die ihr Mitleid aber den Armeniern, den Putnamo-Indianern und anderen Völkern zuwenden, weil sie für die Zustände in der eigenen Heimat blind waren. Eine andere Gruppe sind die antikatolischen Politiker und Literaten, die den Einfluß des Klerus in weltlichen Angelegenheiten zurückdrängen wollen. Trotzdem die nationalistische Partei vorwiegend katholisch ist, sieht die Öffentlichkeit die Einführung von Some-Kule nicht gern, weil die öffentlichen Angelegenheiten jetzt in aller Öffentlichkeit im Dubliner Parlament verhandelt werden sollen. Bisher konnte der englische Lord-Lieutenant in Dublin nicht ohne die Hilfe der Öffentlichkeit auskommen, deren Einfluß nun zu schwinden droht. Eine Stütze fand sie allerdings immer noch in den Massen. Aber Karfins Erfolge haben gezeigt, daß auch hier die festen Anker sich zu lösen beginnen. Von allen Mängeln wurde der „Karfinismus“ als antikatolisch verurteilt, und trotzdem hielten die organisierten Arbeiter treu zu ihrem Führer. Welchen Standpunkt man zu dieser Frage auch immer einnehmen mag, die Tatsache an sich ist der größten Beachtung würdig.

Und schließlich gewinnt die Some-Kule-Frage an sich ebenfalls ein anderes Gesicht. Es zeigt sich, daß die irischen Nationalisten nicht allmächtig sind und daß sie selbst beim Ausschluß von Ulster eine Opposition zu fürchten haben werden. Sollte heute in und um Dublin eine Wahl stattfinden, so werden einige Nationalisten wohl oder übel ihre Sitze an Arbeitervertreter abgeben müssen. Die Landbevölkerung außerhalb Dublins ist für Karfin zwar kaum zu gewinnen, aber es sind doch noch einige kleinere Städte vorhanden wie Limerick,

Cork und Waterford, wo die Arbeiterbewegung Fuß fassen könnte. Im Interesse der Arbeiterklasse wäre es freilich wünschenswert, wenn die protektionistischen Arbeiter in Belfast sich von der Führung der Konserverativen losrissen und ihren katholischen Stammraden im Süden die Hand reichen würden.

### Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. \*)

Von F. Tews.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung wurde begründet im Jahre 1871. Zu ihren Vätern gehört auch der Begründer der Deutschen Gewerkschaften Dr. Max Stirner.

Die Gesellschaft verfolgt nach ihrem Statut den Zweck, der Bevölkerung des deutschen Reiches dauernd Bildungsmittel und Bildungsmittel zuzuführen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben in Staat, in der Gemeinde und in der Gesellschaft zu verstehen und zu erfüllen.

Die Gesellschaft ist auf dem Boden derelben Ideen entstanden, aus denen die Deutschen Gewerkschaften hervorgegangen sind. Was man heute als staatsbürgerliche Erziehung ansieht, oft unklar gefaßt und politisch injiziert, hat die Gesellschaft bereits vor vier Jahrzehnten auf ihre Fahne geschrieben: Erziehung zum Staats- und Gemeinbürger und zum leistungsfähigen Mitgliede der bürgerlichen Gesellschaft, in dem allein möglichen Sinne das Verständnis für die öffentlichen Einrichtungen zu wecken und dadurch zu tätiger Mitarbeit, zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und zur Erfüllung entsprechender Pflichten zu erziehen.

Die Gesellschaft steht auf sicherem, realem Boden. Die Bildungsarbeit galt ihr immer als ein Teil der Pflege des Gemeinwohls. Nach ihrer Auffassung soll die Bildungsarbeit erkennbare Früchte tragen, insbesondere auch die Zustände in Staat und im privaten Leben verbessern und veredeln helfen. Darum hat die Gesellschaft durch ihre Vortragseinrichtungen, Volksunterhaltungsabende, Volksbühnen, ihre Lichtbilderverleihanstalt, ihr Wandertheater und Wanderkino usw. gerade der arbeitenden Bevölkerung und dem Kleinbürgertum zahlreiche Gelegenheiten zu nützlichem und erzieherischem Bildungserwerb gegeben.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ist heute die größte Gesellschaft ihrer Art. Etwa 8300 Körperschaften, darunter u. a. 75 Ortsverbände und Ortsvereine der Gewerkschaften, 28 Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine, 51 andere Bildungsvereine, 1525 Bibliotheks- und Lesevereine, 1043 Magistrats- und andere Gemeindebehörden und über 6000 Einzelmitglieder haben sich ihr in allen Teilen des Deutschen Reiches angeschlossen. Ihre Mittel werden ohne Aufwand für repräsentative Zwecke zur Schaffung von Bildungseinrichtungen verwendet. Die Gesellschaft hat im Laufe der letzten 15 Jahre etwa 1,6 Millionen Bücher vertrieben. Am bedeutendsten und einzig in ihrer Art sind ihre Wanderbibliotheken, in denen zurzeit etwa 300 000 Bände in Stadt und Land kursieren. Dieser große Bücherbestand kann alljährlich umgetauscht und durch neue Bestände ersetzt werden.

Ähnliche Einrichtungen hat die Gesellschaft zur Förderung des Vortragswesens geschaffen. Sie verfügt über einen Bestand von etwa 20 000 Lichtbildern, die in Serien von je 50 bis 60 Bildern mit Vorträgen von ersten Fachleuten ausgeliehen werden. Projektions- und Kinoeinrichtungen usw. werden in derselben Weise ausgeliehen und durch eigene Operateure bedient. Das Wanderkino der Gesellschaft veranstaltet im verflochtenen Winter in etwa 200 Ortschaften Vorträge für Kinder und Erwachsene.

Wie durch die Bibliotheken der Buchschatz verdrängt wird, so wird durch die Vorführung guter Lichtbilder und Filmes der Bild- und Filmschatz wirksam bekämpft, nicht mit hochtönenden Worten, sondern durch praktische Hilfe, durch Darbietung der fehlenden Bildungs- und Unterhaltungsmittel.

Außerdem gibt die Gesellschaft alljährlich ein „Jahrbuch für das deutsche Vortragswesen“ heraus, und eigene Vorträge der Gesellschaft beleben und unterstützen die Vortragstätigkeit der Vereine und Gemeinden.

\*) Dieser Aufsatz war ursprünglich für das Taschenbuch der Deutschen Gewerkschaften 1914, das Ende dieses Monats herauskommt, bestimmt, mußte aber des starken Stoffandrangs wegen herausgelassen werden. Wir benutzen die Gelegenheit, nochmals auf den reichen Inhalt des Taschenbuchs hinzuweisen und ersuchen die Ortsvereine erneut, schnellst ihre Bestellungen zu machen.

Die erforderlichen Mittel erhält die Gesellschaft aus ihrem Vermögen, das zurzeit, neben einigen Grundstücken, eine Million Mark beträgt, aus den Mitgliedsbeiträgen (110 000 Mark jährlich), aus Zuwendungen und Unterstüßungen und aus dem Ertrage ihrer geschäftlichen Unternehmungen (Buchhandlung, Lichtbilder und Apparateverkauf). Der letztjährige Etat der Gesellschaft sieht eine Ausgabe und eine Einnahme von 620 050 Mk. vor.

Der erste Vorsitzende der Gesellschaft war der Vater des deutschen Genossenschaftswesens Schulze-Delich. Zu seinem Gedächtnis hat die Gesellschaft im verflochtenen Jahre eine Stiftung ins Leben gerufen, welche älteren Klein- und verwannten Berufen zur Ergänzung ihrer oft dürftigen Bildung die Hand bieten soll. Eine besondere Aufgabe der Stiftung soll es sein, in geeigneten Fällen die Ehefrauen von kleinen Gewerbetreibenden usw. in der Buchführung unterrichten zu lassen, um sie dadurch für ihre Mitarbeit bei dem Geschäft des Mannes besser auszurüsten. Überall, wo das Bedürfnis hervortritt, sollen diese Einrichtungen in Gestalt von Lehrkursen ins Leben gerufen und aus den Mitteln der Stiftung unterstüßt werden. Nach Schulze-Delichs Tode leitete Heinrich Ricker die Gesellschaft 19 Jahre lang, von 1883 bis 1902. Seitdem steht Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath an ihrer Spitze.

Zahlreiche Gewerkschaften stehen durch die lokalen Volksbildungsorganisationen und eine kleine Zahl von Ortsverbänden und Ortsvereinen auch direkt mit der Gesellschaft in Verbindung. Aber die Gesellschaft kann seitens der Gewerkschaften noch viel mehr, als es jetzt der Fall ist, in Anspruch genommen und ausgenutzt werden. Wir benutzen die Gelegenheit, dazu ganz besonders anzuregen. An Entgegenkommen wird es bei der Gesellschaft nicht fehlen.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 14. Oktober 1913.

Zur Förderung unserer Jugendbewegung bietet sich augenblicklich eine günstige Gelegenheit. Viele tausende von jungen Leuten haben zu Michaelis die Schule verlassen und müssen sich einen Beruf fürs Leben suchen. Darunter befinden sich auch zahlreiche Söhne und Töchter von Gewerkschaftskollegen, und nichts liegt näher, als daß diese jungen Leute nunmehr Mitglieder unserer Jugendabteilungen werden. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß solche jungen Leute, die bisher ihre Freundschaften in der Schule schlossen, mit bisher fremden Menschen zusammenkommen und bei ihnen Anlauf suchen. Gemeinschaftlich mit den neuen Freunden wird dann die freie Zeit zugebracht, aber wer weiß, ob dies immer in zweckmäßiger Weise geschieht. Die jungen Leute haben noch nicht Verständnis genug, um stets gleich die Gefahren zu erkennen, die sie allwärts im Leben umlauern. In der Jugendabteilung bietet sich ihnen ebenfalls Gelegenheit, mit Altersgenossen zusammen zu sein, und die Aussicht und die ganze Tätigkeit in der Abteilung bürgt dafür, daß die jungen Leute so beschäftigt werden, daß sie nicht nur keinen Schaden nehmen, sondern Vorteile für ihr ganzes Leben davon haben. Da wird nicht nur an ihrer geistigen Ausbildung gearbeitet, sondern auch für die Pflege des Körpers durch Spiel, Sport und Wanderungen gesorgt.

Alle Eltern, die es wohl meinen mit ihren Kindern, müssen deshalb ihren Einfluß aufbieten, daß ihre heranwachsenden Kinder sich unserer Jugendbewegung anschließen. Als Gewerkschafter haben sie sogar die Pflicht dazu. Es muß ihnen doch auch daran gelegen sein, daß ihre Söhne und Töchter sich später in derselben Organisation betätigen, die sie selbst für richtig erkannt haben. Auch aus diesem Grunde wird jeder denkende Gewerkschaftskollege überzeugt sein von der Notwendigkeit, daß seine Kinder, die jetzt aus der Schule gekommen sind, in unsere Jugendabteilungen gehören. Wenn jeder sich dieser Pflicht bewußt ist, dann sorgt er nicht nur für sich und die Seinen, dann trägt er auch mit dazu bei, unsere Jugendbewegung ein gutes Stück vorwärts zu bringen.

In der Leitung unseres württembergischen Eisenbahnerverbandes sind einige bemerkenswerte Änderungen eingetreten. Am 1. Oktober hat der bewährte Kollege Roth seinen Posten als Verbandssekretär an den an seine Stelle gewählten Landtagsabg. Fischer abgetreten, der entschlossen ist, den Verband in den alten Bahnen weiterzuführen. Aber noch eine weitere Aenderung ist eingetreten. In der Nr. 41 des „Schwäb. Eisen-

bahner" seien wir folgende Bekanntmachung der Vorstandschaft:

Den Obmannschaften und Mitgliedern müssen wir die bedauerliche Mitteilung machen, daß wir genötigt waren, Herrn Verwalter Bittler kündigungsgelöst zu entlassen, weil er in der Zeit seines verlängerten Krankheitsurlaubs mit Sekretär Groß und dem neuen Verband hinter unserm Rücken verhandelte, wozu die Übernahme des Verwalterpostens bei unseren Gegnern. Für Herrn Groß und den neuen (d. h. christlichen, D. Red.) Verband so bedeutend wie für Herrn Bittler. Verrätern können wir keine Verbandsgeschäfte zuweisen.

Der Posten wird in tunlichster Wäbe neu besetzt werden und bitten wir alle Zuschriften, auch Krankentafel usw. betreffend, einfach an das Bureau einzusenden zu wollen. Kollegen, nun erst recht an die Arbeit für unsere Sache! Die große Angst Reclamierungen zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Die Barkände.

J. A. Baumann, I. Vorstand."

Herr Bittler ist damit für untern württembergischen Eisenbahnerverband, und man kann wohl weiter sagen, für alle antändigen Remischen, erledigt. Ein Mann, der einen Vertrauensposten in seiner Organisation bekleidet und es trotzdem nicht für unter seiner Würde hält, mit denjenigen in einen Kuhhandel einzutreten, die er bisher auf das heftigste bekämpft hat, muß jeden Kredit in der Öffentlichkeit verlieren. Der Verlust einer solchen Kraft, die ihre Ueberzeugung wie ein Schwert wechelt, ist leicht zu verschmerzen. Einen Gewinn für die andere Seite aber bedeutet es ein Ueberleben auch nicht. Wenn es nur dem christlichen Eisenbahnerverbande mit Herrn Bittler nicht so geht wie dem christlichen Textilarbeiterverband mit Herrn Köhling, der ja auch von den „Genossen“ zu ihnen sich „hinübergemausert“ hatte!

Die Arbeitslosenfürsorge, über die in den letzten Monaten so sehr viel gesprochen und geschrieben wird, findet auf Scharfmaderseite keine Gegenliebe. Man will von diesem Zweige der sozialen Versicherung nichts wissen und legt alle Hebel in Bewegung, eine gesetzliche Regelung zu verhindern. Als „geradezu wahnwichtig“ hat kürzlich die „Arbeitsgeber-Ztg.“ die Ausdehnung einer Arbeitslosenfürsorge auf die organisierten Arbeiter bezeichnet, und in ihrer letzten Nummer trägt sie noch einmal alles zusammen, was gegen eine öffentliche Arbeitslosenfürsorge nach ihrer Meinung spricht.

Dabei ist das Scharfmaderblatt so fed, zu beitreten, daß wir uns vor einer wirtschaftlichen Krisis befinden. Alles was darüber gesprochen wurde, sei bloßes Gerede, um Stimmung für die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge zu machen. Eine vorübergehende kleine „Indisposition“ sei allerdings zu verzeichnen, aber für die Voraussetzungen des Beginns einer Krisis fehle es an jedem greifbaren Anhaltspunkt. Dabei sind die Arbeitsnachweise mehr als je gefüllt von Beschäftigungslosen, die Arbeitszeit in den Betrieben ist vielfach eingeschränkt, Feierlichkeiten sind häufig schon an der Tagesordnung und selbst vor Lohnherabsetzungen, wie sie in den Zeiten schlechter Konjunktur stets zu verzeichnen sind, schreckt man nicht mehr zurück. Das sind die besten Zeichen für die heranabende Krisis. Trotzdem aber wagt es die „Arbeitsgeber-Ztg.“ zu leugnen, daß wir schlimmsten Zeiten entgegengehen.

Der Zweck ist ja klar, man hofft auf diese Weise die Pläne einer Arbeitslosenversicherung eher zustanden machen zu können. Grundrißmäßig reichlich hat man gegen die Arbeitslosenunterstützung nichts einzuwenden. Aber einzig und allein die Organisationen sollen die Sache in die Hand nehmen und aus ihren Mitteln durchführen. Den Grund dafür gibt die „Arbeitsgeber-Ztg.“ auch ganz offen an. Wenn mehr Gelder von den Organisationen zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung verbraucht werden, dann müssen eben die Aufwendungen für Streikwende eingeschränkt werden. Auf diese Weise hofft man die Stöckkraft der Organisationen schwächen zu können, und deshalb will man von einer öffentlichen Arbeitslosenfürsorge nichts wissen.

Es ist gut, daß das Scharfmaderblatt die Gründe für seine ablehnende Haltung so offen auspricht. Man weiß dann am besten, was man davon zu halten hat. Trotz dieser Bestrebungen kann die Regelung der Arbeitslosenfürsorge nur noch eine Frage der Zeit sein. Ueber kurz oder lang wird sich die Reichsregierung damit beschäftigen und sie in dieser oder jener Weise regeln müssen. Dabei stimmen wir allerdings mit der „Arbeitsgeber-Ztg.“ in dem einen Punkt überein, daß die Hauptträger der Versicherung die Organisationen der Arbeiter bleiben müssen. Aber zu den

Kosten der Versicherung sind öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Arbeiterbewegung. Vom Streik der Fabrikarbeiter in Ettlin ist Neues nicht zu berichten. Der Magistrat beharrt auf seinem Standpunkt, jedoch also der Streik weitergeht. Der Betrieb leidet naturgemäß sehr, weil die Arbeitswilligen nicht die Uebung und die Kräfte haben wie die früheren Arbeiter. — Auch auf der Maschinenfabrik in Aichersleben wird weitergestreift. Die Firma will keinerlei Zugeständnisse machen und ist bemüht, mit den herangezogenen Arbeitswilligen den Betrieb weiterzuführen. — Auf der rheinischen Glasbläse zu Cöln-Chrenfeld haben die Glasbläser die Kündigung eingereicht, weil die Betriebsleitung die Arbeitszeit um 2 Stunden verlängern wollte.

Die Streikbewegung in Dublin nimmt ihren Fortgang. Ueber ihre Bedeutung wird an anderer Stelle dieser Nummer ausführlich berichtet.

Als sozialdemokratische Helfershelfer werden die Gewerksvereine nun auch von der „Kreuz-Ztg.“ hingestellt, weil an einigen Orten uniere Mitglieder bei den Krankenkassenwahlen mit den freien Gewerkschaften zusammengegangen sind. Das ist also dasselbe Schauspiel in der konservativen Presse, das wir in der Zentrumszeitung und zum Teil in den christlichen Gewerkschaftsorganen beobachten konnten. Was wir darüber in voriger Nummer gesagt haben, genügt; wir brauchen nicht noch einmal darauf einzugehen. Auch die „Kreuz-Ztg.“ möge erst einmal in den Siedel leben, ehe sie solche Vorwürfe gegen uns erhebt. Gerade ihre Bemerkungen haben oft genug dem „Uminuz“ zum Siege verholfen. Und die Krankenkassenwahl in Remwid zeigt, daß auch die christlichen Gewerkschaften mit den Noten unter Umständen zusammengehen.

Ueberaus albern aber ist die Form, in welcher die „Kreuz-Ztg.“ ihre Angriffe gegen uns richtet. Da wird gesagt, daß die Gewerksvereine „einen festen Bestandteil der fortschrittlichen Volkspartei darstellen und deshalb naturgemäß gleich dieser von der Sozialdemokratie abhängig geworden sind“. Man kann es uns nicht verzeihen, wenn wir auf diese so oft widerlegten Unsinne nicht noch einmal eingehen. Aber originell ist ein anderes Moment in der „Kreuzzeitungs“-Notiz. Da wird nämlich gesagt, wenn Gewerksvereinsmitglieder mit den freien Gewerkschaften bei Krankenkassenwahlen zusammengehen, dann hätten vorher die Kirch-Dunklerischen Führer aus dem Zentralvorstande des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen ausgeschieden müssen. Nun, die Folge wäre, daß dann auch die christlichen Führer daselbe hätten tun müssen, da ja auch, — vergleiche Remwid — die Christlichen hier und da mit den „Genossen“ gemeinschaftliche Sache gemacht haben. Aus einzelnen Vorkommnissen, die in örtlichen Verhältnissen begründet sind, derartige Schlüsse zu ziehen, ist fündig und wird bloß besserlich aus der großen Unkenntnis, die der Verfasser der fraglichen Notiz durch sein ganzes Geschreibsel an den Tag legt.

Die Gewerkschafts-Engländer hat in den Reihen der christlichen Gewerkschaften zweifellos große Verwirrung angerichtet. Man befindet sich in einer überaus mißlichen Lage, und fortwährend werden Verjuche unternommen, die Situation für die Christlichen zu verbessern. Das ist auch geschehen, gelegentlich des Besuchs des neuen Erzbischofs von Köln, Dr. von Sartmann, in Essen. Ein Herr Dr. Kaarmann, der die Begrüßungsrede hielt, wollte gern aus dem Munde des Prälaten ein für die Christlichen Gewerkschaften günstiges Wort hören. Er betonte deshalb, daß man den Männern der Kölner Richtung vorwerfe, daß sie in Gesinnung, Wort und Tat gegen die Autorität der Kirche und gegen die Reinheit des Glaubens verstießen. Einen solchen Vorwurf wies der Redner entschieden zurück; vielmehr sei diese Richtung stets bestrebt gewesen, eins zu sein mit ihrem Erzbischof. Dann aber zog er die christlichen Gewerkschaften direkt heran und sagte:

„Mit der Kölner Richtung werden regelmäßig in einem Atem die christlichen Gewerkschaften genannt. Wenn ich darüber ein Wort sage, so fürchten Sie nicht, daß ich den Frieden von Metz brechen werde. Die Freunde der christlichen Gewerkschaften halten sie für dringend erforderlich, weil sie als nationale und maßvoll zugleich sind und einen festen Damm gegen die rote Flut bilden. Die christlichen Gewerkschaftler selbst denken auch gar nicht daran, gegen die Weisungen des Heiligen Vaters und unserer Bischöfe zu verstößen. Aber auswärtige Kritiker können wir nicht anerkennen. Der Heilige Vater hat uns in der

Gewerkschafts-Engländer an die hochwürdigsten Bischöfe verwiesen, und dort sitzt unser alleiniger Richter, den wir volles Vertrauen entgegenbringen. Doch eine Bitte möchte ich an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften richten, die ich mir nicht zu verüben bitte: Treten Sie alle, wie das schon in großen Maße geschehen ist, den katholischen Arbeitervereinen bei, dann muß auch der letzte Verdacht gegen Ihre Organisation schwinden.“

Die Hoffnung, daß der Kölner Erzbischof darauf einige anerkennenswerte Worte über die christlichen Gewerkschaften sagen würde, hat sich aber nicht erfüllt. Diefelben wurden nämlich in der erzbischöflichen Antwort überhaupt nicht erwähnt. Was aber sonst gesagt wurde, das klingt eher als eine Ablehnung denn als eine Empfehlung. U. a. führte nämlich der Erzbischof aus:

„Endlich noch eine Gefahr: Es ist oberhirtliche Sorge, meine lieben teuren Männer von Essen, die mich drängt, das zu sagen, was ich jetzt ausspreche: noch eine Gefahr ist es, vor der ich euch warnen möchte, und das ist der Dünkel, die Einbildung, die sich der Gefahr aussetzt eines glaubensgefährlichen Umganges, die sich der Gefahr der gefährlichen Lektüre aussetzt. Sage doch niemand von uns: das kann mir nichts schaden, ich kann mit jedem umgehen, das tut mir nichts und meinem Glauben bringt das keine Gefahr, ich kann alles lesen, das schadet mir nichts. O Täuschung auch nicht! Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Das prägt euch ein. Es gibt keinen Zweifel gegen unseren Glauben, der nicht gelöst werden kann, und es gibt keine Einwendung, die nicht widerlegt werden kann, aber ob der einzelne dazu imstande ist, das ist eine große Frage. Und darum ist es eine große Gefahr, umzugehen mit glaubenslosen Menschen und glaubenslose Bücher zu lesen.“

Und endlich bemerkte er zu der Erklärung Dr. Kaarmann's, daß die Kölner Richtung sich gern und freudig den Entscheidungen des Papstes in Glaubens- und Sittenlehren unterwerfe:

„Wir wollen heute auf neue bekennen, daß wir dem Heiligen Vater in treuer Liebe ergeben sind. Wir wollen ihm sagen, daß wir alles und jedes fest und unerfütterlich für wahr halten, was die unschätzbare Lehrein aller Völker, die katholische Kirche, verkündet. Wir wollen gewissenhaft und treu alles beobachten, was diese Führer uns zu tun befiehlt, und wir wollen uns auf dem Wege des Heiles leiten lassen von unserer heiligen Kirche, die uns nicht auf falsche Wege führt. Wir wollen treue Mitglieder der großen Kirche sein. Der Statthalter Christi ist es, der uns stets und immer auf den rechten Weg führt.“

Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man diese Erklärungen als auf die christlichen Gewerkschaften gemünzt betrachtet. Der Verzicht, eine Empfehlung dieser Organisationsrichtung dem Erzbischof zu entlocken, ist also fehlerlos, eher ist das Gegenteil erreicht. Wir registrieren diese Tatsache, die für den Gang der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften nicht ohne Bedeutung sein kann.

Anerkennung der Trade Unions durch das englische Marine-Ministerium. Die Londoner Admiralität hat für die Petitionen und Beschwerden ihrer Arbeiter neue Vorschriften herausgegeben. Danach können die Arbeiter bei ihren örtlichen Vorgesetzten vorstellig werden, begleitet von einer Person, die ihre Wünsche vorträgt und diskutiert. In jedem Jahre wird der Finanzsekretär des Ministeriums Deputationen empfangen, die aus den Reihen der beschäftigten Zimmerleute, gelernten und ungelerten Arbeiter, Maschinenbauer und Kesselschmiede gewählt sind. Die Deputation darf von anderen, von ihnen bestimmten Personen begleitet sein, deren Zahl die Hälfte der eigentlichen Deputierten nicht überschreiten darf. Den bei der Admiralität in Beschäftigung stehenden Mitgliedern der Deputation werden Abzüge vom Lohn für die Reise nach London und den Aufenthalt hier nicht gemacht.

Die Bestimmung, daß außenstehende Personen die Deputation begleiten dürfen heißt natürlich nichts anderes, als daß Gewerksvereinsbeamte für die Arbeiter sprechen und deren Wünsche zum Ausdruck bringen können.

Die 489. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 19. Oktbr., abends 7 Uhr im Beethovensaal, Köthenerstraße 32 statt. Es werden mitwirken: Frau Gina Goeb und Herr Dr. Viet Deutlich (Kieder und Duette), Herr Jozsa Spivakowsky (Klavier), Herr Otto Wiener (Rezitation).

Gewerkevereins-Zeitung

8 Karmen-Elsterfeld. Die drohende Wirtschaftskrise macht sich im Wuppertal schon seit einiger Zeit in bedenklicher Weise bemerkbar, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen mit jedem Tage vermehrt. Mit

Freunden mußte es daher begrüßt werden, daß alle drei Gewerkschaftsrichtungen zusammentraten, um gemeinsame Schritte zur Linderung der Not der Arbeitslosen zu beraten, mit dem Resultat, daß eine gemeinsame Eingabe zwecks Einführung einer Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage den beiden Stadtparlamenten eingereicht werden sollte. Diese Einmütigkeit, die im Interesse der allgemeinen Arbeiterfrage nur von Nutzen sein konnte, ist leider von den Christlichen gerührt worden, indem sie erklärten, daß sie ihre Eingabe gesondert einreichen würden. Infolgedessen ist die gemeinsam beratene Eingabe von der freien Gewerkschaftskommission und dem Ortsverbande der Deutschen Gewerkschaften Barmen-Eiberfeld in beiden Städten eingereicht worden. Den Stadtvorstellungen wurde dabei eine Vorlage mit eingehender Begründung zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung unterbreitet. Außerdem berieten beide Korporationen in der vergangenen Woche zwei öffentliche Arbeitslosenversammlungen, eine in Eiberfeld und eine in Barmen ein, die sich beide eines guten Besuchs erfreuten. Zu diesen Versammlungen waren sämtliche Stadtverordnete eingeladen, leider aber nur zum Teil erschienen. Referenten waren Arbeitersekretär Krüger-Bornen von den freien Gewerkschaften und Kollege Jagenhofen-Eiberfeld, Bezirksleiter des Gewerbevereins der Maschinenbauer. Beide behandelten das Thema: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, und welche Verpflichtungen haben Reich, Staat und Gemeinden, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not zu lindern.“ Der lebhafteste Beifall, den beide Referenten ernteten, bewies die eingehende Behandlung der Frage. In der Diskussion beteiligten sich in beiden Versammlungen einige Stadtverordnete, und zwar im Sinne der Referenten, und gaben das Versprechen, mit allen Mitteln im Stadtparlament für die Durchführung der in der Eingabe gemachten Vorlage einzutreten. Zum Schluß gelangte in beiden Versammlungen nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Arbeitslosen-Versammlung erklärt sich mit dem Referenten vollständig einverstanden. Sie erachtet es als eine besondere Verpflichtung der maßgebenden Faktoren in Reich, Staat und Gemeinde, unverzüglich Schritte zu tun, um die Verhinderung der Lohnarbeitenden Bevölkerung gegen die Folgen der im Wirtschaftskreislauf stets wiederkehrenden und sich im Laufe der Zeit verschärfenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit und den gegebenen Verhältnissen entsprechend einzuführen und damit eine wesentliche Lücke der deutschen Sozialgesetzgebung auszufüllen. Die Versammlung erkennt es als ein wesentliches Verdienst der beteiligten Organisationen an, den Stadtvorstellungen von Barmen und Eiberfeld eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet zu haben, und gibt sich der Erwartung hin, daß an beiden Stellen die Not der Zeit eingesehen und die Vorlage zur Grundlagende der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in beiden Städten in möglichst nächster Zeit anerkannt werden wird.“

**8 Düsseldorf.** Die Firma Rhénania, Vereinigte Emaillewerke in Düsseldorf, deren Arbeiter sich seit 20 Wochen im Streik befinden, hatte Klage erhoben gegen die Streikenden wie auch gegen die Leiter der beteiligten Organisationen zwecks Aufhebung des Streikpotenzialens und der Veröffentlichung der Sperre in den Berufsorganen. Das Ag. Landgericht in Düsseldorf hat in seiner Sitzung vom 9. Oktober die Firma, wie vorausgesetzt war, mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen. Nach Eingang des Urteils konnten wir noch näher auf diese interessante Klage zurück.

lichung der Sperre in den Berufsorganen. Das Ag. Landgericht in Düsseldorf hat in seiner Sitzung vom 9. Oktober die Firma, wie vorausgesetzt war, mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen. Nach Eingang des Urteils konnten wir noch näher auf diese interessante Klage zurück.

## Verbands-Zeil.

Begründungsliste  
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.  
Leitung über eingegangene Beiträge.

**Monat September.**  
**Bauhandwerker:** Königsberg Rt. 4,55, Sorau 2,08. **Fabrik- und Handarbeiter:** Gorbach 16,12, Scherlebed 6,68, Einzelmtgl. 2602 1,98. **Waler u. Graph. Berufe:** Halle 15,21. **Gemeinbedarfer:** Berlin I 59,28, Berlin II 5,72. **Kaufleute:** Einzelmtgl. 3665 1,56, 2295 4,16, 3003 1,17, 3850 1,17. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Einzelmtgl. 3221 1,04, 856 3,12. **Porzellanarbeiter:** Raghütte 8,32, Einzelmtgl. 769 1,04, 1007 3,12, 28 u. 1874 1,95. **Schneider:** Neustadt 1,56, Einzelmtgl. 981 1,56, 3316 0,78. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Sagnau 4,61, Salzbrunn 18,72. **Textilarbeiter:** Guben 4,42, Einzelmtgl. 2574 0,99. **Töpfer:** Einzelmtgl. 2850 1,04. **Summa 171,90 Mark.**  
Berlin, im Oktober 1913.  
**K. Klein,** **F. Reustedt,**  
**Hauptkassierer,** **Hauptkontrollleur.**

## Versammlungen.

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Verbandsabend der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221—23. Mittwoch, 15. Okt., abds. 8½ Uhr Vortrag d. S. Koll. Lewin über: „Aus dem sozialen Erbe“. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerbevereins-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Liedungsstunde i. Verbandslokal d. Deutschen Gewerbevereins (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonnabend, 15. Oktober. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abds. 8½ Uhr. Vers. mit Damen bei der Zeitzeit Bergstraße 39. Vortrag über Feuerbest. und mit Durchführung eines Modells vom modernen Crematorium. Ehrung eines Jubilars Reparat. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Die Vers. fällt aus, dafür Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung, Ghetto, Frauenhoferstr. 11, abds. 19 Uhr. Vortrag und Besichtigung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abds. 8½ Uhr General-Vers. mit Damen Gerichtstraße 71. Protokoll. Mitteltagen. Abklärung über den Zeitpunkt der Zahlung von 15 Pfg. Sozialzulage. Vortrag: „Die Beschlässe der internationalen Arbeiterkongressen und das Gewerbevereinprogramm“. Ref.: Trabert. Fidelitas. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abds. 8½ Uhr Greifswalderstr. 221. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Jordan: „Geist und die Bau- und Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Abds. 8½ Uhr Vers. im Marthallen-Restaurant Eichner, Arminiusplatz. Protokoll. Monatsber. d. Kombinate. Beschiedenes. Gäste willkommen. Am 22. Oktober Komiteesitzung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8 Uhr Zahlabend bei Frau. Pultisierstraße 52. — **Sonnabend, 18. Oktober. Maschinenbau- u. Metall-**

arbeiter II. Herbstversammlungen in den Reichshäusern des Vereins, Kranfurter Allee 151—152. Montag, 20. Oktober, abds. 8—10 Uhr Kräftigung, 86 u. Zahlabend. — Sonntag, 19. Oktober. **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** vormittags 10—12 Uhr Zahltag im Nordwest-Kaffee, Alt-Moabit 55—56.

## Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter - Sitzung im Burghofs Gesellschaftshaus, Bremen, Reinkenstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowestr. 42. — **Düsseldorf. Gewerbevereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Liedungsst. i. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. — Eiberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Eiberfeld, Luisenstr. und Erholungsstr. 6. — **Frankfurt a. O. (Gewerbevereins-Liedertafel).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr Liedungsstunde im Vereinslokal Richterstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeder ersten und dritten Sonntag, abds. 7—9 Uhr, Distrikts-Sitzung im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haarlem b. Rachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abds. 8½ Uhr Distriktsabend bei Kubewig. — **Hamburg (Gewerbevereins-Liedertafel).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Orell, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerbevereins-Liedertafel).** Jeden Donnerstag Liedungsstunde bei Thöner in Altona, Gimsbillerstraße 48—50. — **Herne (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wilh. Ruhe, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. — **Jericho. Distriktsabend jeden 2. Mittwoch bei Hölpele-Röll (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreter-Sitzung in der Pens.-Erholung, Rongasse. — **Leipzig (Gewerbevereins-Liedertafel).** Die Liedungsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9—11 Uhr im Vereinslokal, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmberechtigete Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Nürnberg (Ortsverband).** Sonntag, den 19. Oktober, abds. 6½ Uhr bei Stromberg, Am Markt. Quartalsbericht, Vortrag des Koll. Meschaf-Bremen über die Volkswirtschaft innerhalb der Gewerbevereins-Organisation, Beschiedenes. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerbevereins).** Die Liedungsstunden finden je. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Reich, Poststraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willk. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub. Sitzung je. Montag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag 6. Winter i. Brebow. — **Tegel (Distriktsklub bei Tegel, Vorkriegsweg u. Reindorferstr.).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Väder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicole, Maurerstr. 62. — **Uckermark u. Umgeg. (Ortsverb.).** Sonntag, den 19. Okt. Vertreter-Sitzung in Uckermark, „Deutsches Haus“. — **Weihenfeld a. S. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerbevereins).** Liedungsstunden je. Mittwoch, abds. 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rohrgarten“ Gesangstunde Gewerbevereinskollegen stets willkommen. — **Weihenfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheinthal“.

## Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

### Ihr Leben strebenden Gewerkschaften

find folgende sieben erschienenen Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentbehrlich:  
**Liedungsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erlassen vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;**  
**Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von B. Gleichauf;**  
**Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von R. Schumacher.**  
Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55., Greifswalderstr. 221-223, zu richten.

**Freiburg i. S. (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeschenk bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgegahlt falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Ernst Gerber, Landesbühnenstr. 85.  
**Waldenburg-Kittwasser (Ortsverband).** An Durchreisende Unternehmungs-Karten in Kittwasser bei Rudolf, Freiurgerstr. 29, und in Waldenburg bei E. Pempke, Wittenbergerstr. 3. Derbinnen in Kittwasser: Bahnhof „Schwarzer Adler“, in Waldenburg: Herberne „Zur Heimat“.  
**Stralsund (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstufung bei dem Ortsvereinskassierer.

**Rothenbach und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstufung bei dem Ortsvereinskassierer H. Walter, Reigenerstr. 48. Anweisungen sind bei dem Vereinskassierern zu haben.  
**Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachquartier und Verpflegungs-Karten hierauf bei Carl Hebel, Heisenstr. 32 a II.  
**Bromberg (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Orts-geschenk bei dem Ortsvereinskassierern bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindele, Feinestr. 10.  
**Söppingen (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung im „Waldhof zum goldenen Rab“.  
**Oberhausen (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstufung im Bureau, B. Lemmerstr. 67.  
**Mühlheim a. d. Ruhr (Ortsverb.).** Das Ortsverbandsgeschenk bei Müller, Sandstr. 88.  
**Eiberfeld-Barmen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen finden Nachquartier im Verbandslokal bei Reggenkämpfer, Eiberfeld, Erholungsstraße 2. Dasselbe befindet sich auch die Rechtsanwaltsstelle. Der Arbeitsnachweis für Brauer ist bei G. Bülling, G. Heidestr. 2.  
**Jericho (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten ein Orts-geschenk von 1 Mk. beim Koll. Brauer i. Jericho, G. Heidestr. 68.  
**Elbing (Ortsverband).** Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstufung 75 Pfg. bei F. J. Zimmermann, Truppenstraße 17.

**Wiesbaden (Fabrik- und Handarbeiter).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten ebenfalls 75 Pfg. Nachquartier, Kasse und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer S. Clausen, Kolonialstr. 82.

**Gelsenkirchen (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Orts-geschenk von 75 Pfg. beim Kass. Wilhelm Mayer, Josephstr. 30.

**Preslan (Ortsverband).** Die Unterstufung an durchreisende Kollegen wird ausgegahlt beim Ortsverbandskass. B. Friedrich Lindner, Rantstr. 6.

**Worms (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstufung oder Nachquartier auf dem Bureau bei Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

**Stettin (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstufung oder Nachquartier auf dem Bureau bei Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

**Stettin (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstufung oder Nachquartier auf dem Bureau bei Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

**Der Zentral-Arbeitsnachweis**  
der Berliner Ortsvereine (Hirsch-Dunker)  
NO. 55, Greifswalderstraße 221—23  
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen  
Bernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.